

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 15. Dezember 1958

Blatt 2509

Planung ist billiger

15. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 14. Dezember, über vernünftige Planung beim Eigenheimbau und über das bevorstehende Weihnachtsfest.

Der Bürgermeister führte aus: "Obwohl ich erst vor zwei Wochen über die neue Wiener Wohnbauaktion gesprochen habe, will ich heute neuerlich darauf zurückkommen, wenn auch aus einem ganz anderen Grunde. Erinnern Sie sich, wie oft wir Anlaß haben, über das "wilde Bauen" und über die "wilden Siedlungen" zu klagen? Wie oft haben wir festgestellt, daß die besten Absichten und die fleißigste Arbeit der Siedler zu einem unerwünschten Ergebnis führten, weil die Siedlungshäuser an schlecht gewählten Stellen planlos und zusammenhanglos entstanden. Nicht selten hat der niedrige Preis einer weitentlegenen Bauparzelle zur Ansiedlung verleitet, obwohl weder die Verkehrsmittel, noch Gas, Wasser und Elektrizität vorhanden waren. Nach den kurzen Anfangsfreuden des neuen Grundbesitzes stellte sich bald die Ernüchterung ein, weil der Verzicht auf die technischen Einrichtungen der Großstadt und die langen Wege zur Arbeitsstätte ein dauerndes lebenslanges Opfer verlangen.

Jetzt will die Gemeinde durch eine großzügige Kreditaktion den Bau von zehntausend Wohnungen auf privater Grundlage ermöglichen. Drängt sich da nicht von selbst der Gedanke auf, daß man alles versuchen müßte, diese zusätzlichen Wohnungen und Häuser nach den besten Überlegungen zu bauen? Natürlich kann die neue Wohnbauaktion auch von jenen in Anspruch genommen werden, die auf ihrer Einzelparzelle, die als Bauland gewidmet ist, ihr Ein- oder

./.

Mehrfamilienhaus bauen wollen. Aber in allen anderen Fällen sollten die Bewerber um diese Baukredite sich freiwillig dazu verstehen, ihre Bauabsichten in den Rahmen eines großen Konzeptes einzuordnen. Keine Angst! Die Eigenart der Bodenbesitzverhältnisse in Wien macht es von vornherein unmöglich, zehntausende Wohnungen an einer einzigen Stelle zu bauen. Ob wir wollen oder nicht, werden die neuen Wohnungen, auch wenn sie in größeren Anlagen gebaut werden, doch auf verschiedene Bezirke Wiens aufgeteilt sein müssen. Aber wenigstens diese Teile sollen nach einem gut überlegten Plan errichtet werden, damit aus den vorhandenen Möglichkeiten die wirtschaftlichste Art herausgeholt wird. Auf diese Weise ist auch die beste Gewähr gegeben, daß den Wünschen der einzelnen Bewerber am ehesten Rechnung getragen werden kann.

Die erste Überlegung muß schon beim Kauf des Baugrundes angestellt werden. Niemand soll ohne Beratung einen Baugrund kaufen, damit er den richtigen Grund zum richtigen Preis erhält. Bei der Auswahl des Baugrundes soll auch auf die Entfernung zur Arbeitsstätte Rücksicht genommen werden. Die Baugenossenschaften und Siedlungsgenossenschaften sind sicher gerne bereit, jedem Ratsuchenden behilflich zu sein. Soweit es der Gemeinde möglich ist, wird sie nichts unversucht lassen, bei der Beschaffung von Baugründen mitzuwirken. Wer sich dazu entschließt, seine Bauwünsche im Rahmen eines größeren Konzeptes zu verwirklichen, der kann von vornherein damit rechnen, daß seine Wünsche nach Kanalanschluß, Wasser-, Gas- und Stromversorgung, nach Straßenbau und Straßenbeleuchtung viel eher verwirklicht werden können, als wenn er allein irgendwo zu bauen anfängt. Die verschiedenen Geschäfte, in denen die Hausfrauen einzukaufen wünschen, die Kindergärten und die Schulen für die Kinder, werden in einer geplanten und großzügigen Anlage viel leichter zu schaffen sein, als bei zufälligen und zusammenhanglosen kleinen Objekten. Auf lange Sicht gesehen ist das wilde und planlose Siedeln das teuerste und unbequemste Wohnen. Wer es möglichst billig und angenehm haben will, wird sich in jeder Hinsicht beraten lassen, einen Architekten heranziehen und das Beispiel erfahrener Baugenossenschaften befolgen. Die Gemeinde muß sich auf jeden Fall dagegen schützen, daß ihre städtebaulichen Absichten und Pläne durch eine falsche Verwendung ihrer eigenen Kreditaktion gestört werden.

./.

Gedanken zum Weihnachtsfest

Und nun wollen wir uns dem kommenden Weihnachtsfest zuwenden. Jeder von uns, auch wenn er noch so sehr von Tages-sorgen belastet ist, denkt an das bevorstehende Fest. Es will doch jeder seinen Lieben eine Freude bereiten. Die Kinder erwarten sich begreiflicherweise etwas Besonderes vom Weihnachtsmann und die Eltern haben es manchmal schwer, ihre Wünsche mit den Möglichkeiten der Geldbörse in Einklang zu bringen. Gewiß, wenn man die fast unbegrenzte Auswahl an Weihnachtswaren und Geschenkartikeln sieht, dann kann man schon verstehen, daß es nicht immer leicht ist, die richtige Auswahl zu treffen. Als ich diese Woche den Christkindlmarkt aufsuchte und die fröhlichen, gut gekleideten Kinder und Erwachsenen inmitten der Fülle der dargebotenen Geschenkartikel sah, drängte sich mir die Erinnerung an Weihnachtstage der vergangenen Zeit auf. Ich will nicht viel über die Weihnachtsstimmung der Jahre 1945 und 1946 reden. Würde man nur nach der armseligen Kleidung, der kalten Wohnung oder gar nach den Hungerrationen der Lebensmittelaufrufe urteilen und sich an die Drangsalierungen der damaligen Besatzung erinnern, dann müßte man sagen, daß es die traurigsten Weihnachten waren, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Wenn es noch so armselige Weihnachten waren, so waren es doch Weihnachten des Friedens. Es gab keine Bombenangriffe und keine weiteren Zerstörungen mehr. Viele Kriegsgefangene waren doch schon wieder bei ihren Familien zuhause und wir durften die Hoffnung haben, daß wir uns aus der furchtbaren Not wieder emporarbeiten können. Viele Freunde im Auslande zeigten uns ihre Sympathie. Private und öffentliche Hilfsaktionen versuchten wenigstens die allergrößte Not bei Kindern, Kranken und Alten zu lindern. An diese Zeit sollen wir denken, um einen richtigen Maßstab zu haben für unsere Lebenshaltung von heute. Ich will Ihnen mit solchen Gedanken auf keinen Fall die Festesfreude verkleinern oder verderben, sondern nur zeigen, wie weit

./.

wir uns schon von den Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit entfernt haben. Selbst wenn wir hie und da Ursache haben, mit irgendetwas unzufrieden zu sein, so sollten wir doch alles schätzen lernen, was wir uns seit den unvergeßlich traurigen Tagen des Krieges erarbeitet haben. Ich glaube, die Eltern sollten auch ihre Kinder mit den bösen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegsjahre vertraut machen, damit sie erfahren, daß es nicht ganz so selbstverständlich ist, wenn sie heute wieder viele ihrer Wünsche erfüllen können.

Natürlich ist man versucht, an die Weihnachtsfeiern der eigenen Kinderjahre zurückzudenken. Abgesehen davon, daß die damalige Technik gar nicht in der Lage war, jene Fülle von Spielzeug und Sportartikeln herzustellen, die den Kindern von heute zur Verfügung stehen, waren auch ansonst die Lebensverhältnisse der breitesten Bevölkerungskreise überhaupt nicht dazu angetan, den Kindern einen großen Gabentisch zu bereiten. Der "Brettelhupfer" unserer Kinderzeit existiert nicht mehr, es gibt nur mehr Rodeln und Schlitten. Das "Fetzenlaberl" scheint auch ausgestorben zu sein, es gibt nur Gummi-, Leder- und Plastikbälle. Eine Ski-Ausrüstung gab es damals überhaupt nicht, weder für Erwachsene noch für Kinder. Und so könnte ich Ihnen noch viele Beispiele anführen, aus denen man den großen Wandel innerhalb unserer Generation zeigen könnte.

Aber ungeachtet aller Veränderungen, die vor sich gegangen sind, stehen die Eltern auch heute noch bei der Vorbereitung des Gabentisches vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. So wie in den vergangenen Jahren bitte ich heuer wieder die Eltern, ihren Kindern auf keinen Fall Kriegsspielzeug in die Hand zu geben. Alles was mit Waffen und Krieg zusammenhängt, ist viel zu ernst, als daß es Gegenstand eines kindlichen Spieles sein könnte. Es gibt genug andere, viel vernünftiger und fröhlichere Möglichkeiten, den Spieltrieb der Kinder zu befriedigen. Die Eltern sollten deshalb dafür sorgen, daß ihre Kinder nur pädagogisch richtiges Spielzeug in die Hand bekommen, das ihre Phantasie beschäftigt und ihre Intelligenz stärkt, dem Forschungsdrang, dem Formungs- und Gestaltungstrieb der Kinder entgegenkommt.

Solche Spielwaren müssen gar nicht immer technisch hochentwickelte Maschinen oder andere Apparate sein, manchmal erfüllen auch einfache Zusammenlegspiele und Baukästen ihren Zweck. Ich glaube, wir denken viel zu wenig daran, daß das Spielzeug für das gesund denkende Kind in Wirklichkeit ein richtiges Handwerkzeug ist, mit dem es auf seine Art arbeiten kann.

Die gleichen Überlegungen sollten vorherrschen, wenn für den Gabentisch auch Bücher vorbereitet werden. Der Lesestoff soll nicht dem Zufall überlassen sein, die Kinder sollen gelenkt werden, aber sie sollen nicht den Eindruck haben, daß man sie zensuriert. Weil die Gedanken- und Gefühlswelt der Kinder so unerhört stark von Büchern beeinflusst werden kann, ist es selbstverständlich, daß man ihnen nur das Beste in die Hand gibt. Wir müssen ohnedies feststellen, daß die Kinder, besonders in der Großstadt, durch Schundliteratur und durch Filme viel ungesunden Einflüssen ausgesetzt sind. Wir müssen die Kinder an gute Literatur gewöhnen, wobei ich nicht nur an den guten Inhalt, sondern auch an den guten Druck, an das gute Papier, an gute Illustrationen denke. Damit machen wir sie immun gegen die Verlockungen der reißerisch aufgemachten Schundliteratur. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß viele Schriftsteller und Buchverlage es sich zur Ehre anrechnen, nur sehr gute Bücher für die Jugend zu schaffen. Diese Bestrebungen sollten von den Eltern anerkannt und gefördert werden. Denn selbst der idealste Schriftsteller und der gewissenhafteste Verleger könnten nicht existieren, würden ihre guten Jugendbücher nicht gekauft. Es ist also eine Ermunterung für Schriftsteller und Verleger, wenn möglichst viele gute Bücher an die Jugend vermittelt werden. Das hätte übrigens auch den Vorteil, daß die Kinder sich an das gute Buch gewöhnen und in ihrem späteren Leben wirkliche Bücherfreunde werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang erinnern, daß die Eltern bei der Buchauswahl nicht ohne Rat bleiben müssen. Der verdienstvolle Buchklub der Jugend, der in den Wiener Schulen viele hunderte Mitarbeiter hat, ist gerne bereit, die Eltern bei der Auswahl der Bücher zu informieren. Das Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien veranstalten jedes Jahr einen Wettbewerb für das gute Jugendbuch, und die Autoren und die Verleger der besten Bücher erhalten den Österreichischen Staatspreis für die Kinder- und Jugendliteratur, bzw. den Jugendbuchpreis der Stadt Wien. Die ausge-

zeichneten Bücher dürfen für den Verkauf mit Schleifen versehen werden, die auf die Zuerkennung des Preises aufmerksam machen. Aber auch sonst gibt es sehr verdienstvolle Verlagsanstalten, die Jahr für Jahr ausgezeichnete Literatur für unsere Jugend hervorbringen.

Ich habe heute eine Ausnahme gemacht und wenig von Wiener Problemen gesprochen. Ich glaube, daß ich vor dem Weihnachtsfest die rein behördlichen Angelegenheiten einmal beiseite lassen und von Mensch zu Mensch sprechen kann. Mit Freude stelle ich fest, daß die verhältnismäßig gute Beschäftigungslage den meisten unserer Mitbürger die Möglichkeit gibt, für den Weihnachtstisch vorzusorgen und mit der Familie einige unbeschwerte und geruhsame Festtage zu verbringen. Ich bitte Sie aber nicht zu vergessen, daß es trotz allem in unserer Stadt auch Menschen gibt, auf die kein fröhliches Weihnachtsfest wartet. Es sind die Kranken zu Hause und in den Spitälern, die einsamen Menschen, die allein im Leben stehen, und alle jene, die unverschuldet in Not geraten sind und schwer zu kämpfen haben, um wieder emporzukommen. Dieser Mitbürger, die vom Schicksal benachteiligt sind, sollten wir uns alle erinnern und uns bemühen, ihnen gerade während der Weihnachtsfeiertage in rücksichtsvoller Weise zu helfen. Sie sollen das Gefühl haben, nicht eine Wohltat, sondern eine selbstverständliche brüderliche Hilfe zu erhalten.

Für das kommende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen das Glück, viel Freude bereiten und viel Freude empfangen zu können. Meine herzlichsten Weihnachtswünsche gelten auch allen Kindern in Wien. Besonders gedenke ich aber unserer Kranken und wünsche ihnen baldige und möglichst vollständige Genesung. Aber auch allen Mitbürgern, die ihren Lebensabend in unseren Alters- und Pflegeheimen verbringen, wünsche ich ein glückliches und frohes Weihnachtsfest. Sie alle mögen überzeugt sein, daß die große Familie der Wiener gerade an diesen Tagen ihrer gedenkt."

Unsere Bewerbung um die Sommer-Olympiade 1964
=====Mohammed Taher: "Wien hat gute Aussichten"

15. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer das leitende Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, Mohammed Taher. Dieses ist zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Wien gekommen, um sich über den Zustand der für die Abhaltung der Olympischen Sommerspiele 1964 in Frage kommenden Anlagen persönlich zu informieren. Der Bürgermeister begrüßte den Gast im Beisein von Stadtrat Mandl und Dr. Fried, dem Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Komitees.

Mohammed Taher zeigte sich bereits bei der ersten Fühlungnahme mit Wien über alle Gebiete des kulturellen Lebens der Bundeshauptstadt ausgezeichnet orientiert. Was die Aussichten Wiens bei der Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1964 anlangt, führte er eine Reihe von wichtigen Gründen auf, die die Bewerbung Wiens aussichtsreich hervorheben. Wiens Anziehungskraft und seine günstige geographische Lage, meint er, dürfte für viele Mitgliedstaaten ausschlaggebend sein. Für Wien spricht auch die Grundidee der olympischen Bewegung, deren Schwergewicht unumstritten in Europa liegt, wo schließlich auch der größte Teil des an den Wettkämpfen interessierten Publikums zu Hause ist. Außer Wien bewerben sich noch Brüssel, Detroit und Tokio. Die Entscheidung liegt bei den 64 Delegierten des Internationalen Olympischen Komitees, die im Mai kommenden Jahres in einer Vollversammlung in München abstimmen werden.

Bürgermeister Jonas wünschte dem Abgesandten aus Lausanne einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt und überreichte ihm das große Wien-Buch.

- - -

Der Parteienverkehr bei den Stadtkassen
=====

15. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten in der Zeit vom 18. bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden ist vorgesorgt, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

75. Geburtstag von Felix Rosché
=====

15. Dezember (RK) Am 17. Dezember vollendet der Schriftsteller Amtsrat i.R. Prof. Felix Rosché das 75. Lebensjahr.

In Wien geboren, trat er nach der Mittelschule in den städtischen Dienst, in dem er bis zu seiner Pensionierung verblieb. Seine literarische Laufbahn begann er mit Novellen, die große Begabung zeigten, fand aber erst in der jahrzehntelang mit aller Sorgfalt gepflegten Naturschilderung das ihm gemäße Genre. Er spezialisierte sich auf systematische Freiland-Tierbeobachtungen und auf die Gestaltung seines persönlichen Naturerlebens. Seit 1931 erschienen seine Tierfeuilletons in Zeitungen und Zeitschriften und wurden in einer ganzen Reihe von Bänden gesammelt. Sie beschäftigen sich liebevoll mit den Geschöpfen des heimischen Waldes, der Donauauen und der österreichischen Alpen und gehen bis in das kleinste Detail. Felix Rosché hat auch eine fruchtbare volksbildnerische Tätigkeit entfaltet. Bereits vor dem ersten Weltkrieg hielt er als junger Magistratsbeamter seine ersten Vorträge im Arbeiterbildungsverein Gumpendorf und setzte sie in Volksbildungshäusern, im Rundfunk sowie in Touristenorganisationen fort. Desgleichen verfaßte er naturwissenschaftlich interessante und ansprechende Hörspiele. Seine Bücher enthalten wertvolle pädagogische und volksbildnerische Elemente und finden in der Bevölkerung, vor

allem bei der Jugend, ein starkes Echo. Prof. Felix Rosché, dem im Jahr 1956 der Volksbildungspreis der Stadt Wien verliehen wurde, hat seine Lebensaufgabe erreicht, Wissen zu verbreiten und bei den Menschen die Liebe zur Natur zu vertiefen.

- - -

Freie Arztstellen

=====

15. Dezember (RK) In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind wieder freie Arztstellen ausgeschrieben, und zwar in der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien zwei Assistentenstellen an der I. chirurgischen Abteilung, im Wilhelminenspital der Stadt Wien eine Assistentenstelle im Röntgeninstitut.

Bewerbungsgesuche müssen bis spätestens 15. Jänner bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

- - -

Wiener Landtag

=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen. An Anfragen lagen zwei von den Abgeordneten der ÖVP vor.

Das Opferfürsorgeabgabegesetz

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, eine Gesetzesvorlage über Einhebung einer Abgabe zum Zwecke der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, für Opfer politischer Verfolgung und des Kampfes für ein freies demokratisches Österreich sowie für Zivilinvaliden, das sogenannte Opferfürsorgeabgabegesetz, referierte Stadtrat Slavik (SPÖ). Nach dem Inkrafttreten des Entwurfes unterliegt in Hinkunft der entgeltliche Besuch von Filmvorführungen einer Fürsorgeabgabe. Diese beträgt, sofern der Preis für die Eintrittskarte zu einer Filmvorführung abzüglich des Kultur Groschens und der Opferfürsorgeabgabe zehn Schilling nicht übersteigt, 10 Groschen, sonst 20 Groschen. Abgabepflichtig sind die Unternehmer der Filmvorführungen für jede verkaufte Eintrittskarte, sie sind jedoch berechtigt, diese Abgabe auf die Besucher der Filmvorführungen zu überwälzen. Eine ähnliche Abgabe - vielfach entscheidend höher - wird bereits in mehreren Bundesländern eingehoben. In dem Entwurf sind bereits verschiedene Wünsche anderer Körperschaften berücksichtigt worden. Die Abgabe wird jährlich einen Erlös von zirka 4,5 bis 5 Millionen Schilling bringen. Von diesem Betrag sollen 80 Prozent für die Kriegsinvaliden, 12 Prozent für die Opfer des Faschismus und acht Prozent für die Zivilinvaliden verwendet werden. Die Stadt Wien hat dadurch keinerlei Einnahmen. Die Abgabe wird eine wesentliche Unterstützung für die betroffenen Personengruppen sein.

Abg. Frieda Nödl (SPÖ) begrüßt die Gesetzesvorlage, durch die zusätzliche Mittel für die Befürsorgung der Kriegsinvaliden, der Opfer des Faschismus und der Zivilinvaliden aufgebracht werden sollen. Sie verweist darauf, daß erst in der vergangenen Woche im Parlament darüber gesprochen wurde, daß die derzeitigen Renten, die an die genannten Personengruppen gezahlt werden, keineswegs der Kaufkraft entsprechen, die sie früher einmal hatten. Es er-

scheine ihr daher ganz unverständlich, daß von Seiten der Körperschaften, denen der Entwurf des Gesetzes zur Begutachtung vorgelegt wurde, gegen die Einhebung der Abgabe, die ausschließlich den Kriegsinvaliden, den Opfern des Faschismus und den Zivilinvaliden zugute kommt, so viele Einwände erhoben wurden. Es werden zwar derzeit Verhandlungen mit Deutschland wegen einer Wiedergutmachung geführt, doch haben sie noch kein Ergebnis gezeitigt. Aus diesem Grunde müssen auf andere Weise Mittel aufgebracht werden, um jenen zu helfen, die für uns alle Opfer gebracht haben, die in der Diktatur nicht leben konnten und wollten und die für die Demokratie gekämpft haben. Gleich nach dem Jahre 1945 gab es wohl eine Zeit, in der es für jeden eine Selbstverständlichkeit war, den Opfern des Krieges und des Faschismus zu helfen. Nun wäre es aber die Sache des Bundes, eine Ehrenpflicht des Staates, diese Opfer nicht Not leiden zu lassen. Die Rednerin stellt fest, daß sich ihre Fraktion freue, daß das Land Wien nun endlich auch diese Abgabe zur Gewährung einer zusätzlichen Fürsorge beschließt.

Stadtrat Slavik stellt abschließend fest, daß wohl von verschiedenen Körperschaften einige Bedenken gegen die Vorlage geäußert worden sind, aber keine grundsätzlichen Einwände erhoben wurden.

Bei der Abstimmung wurde die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Eine Verbesserung des Dienstrechtes

Stadtrat Riemer (SPÖ) referierte über die 14. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien. Wenn manchmal spöttische Stimmen laut werden, die darauf hinweisen, daß ein Gesetz vom Jahre 1951 schon so oft abgeändert wurde, sagte der Referent, so möchte er darauf hinweisen, daß jede Novelle eine Verbesserung des Gesetzes mitsichgebracht hat. Auch der vorliegende Gesetzentwurf bringt wieder Vorteile für die städtischen Bediensteten. Bisher mußten Pensionen städtischer Angestellter stillgelegt werden, wenn der Betreffende einen zweiten Bezug aus öffentlichen Mitteln erhielt. Dies wird nach den neuen Bestimmungen nicht mehr der Fall sein.

Im anderen Teil der Vorlage werden die Mindestpensionen der städtischen Bediensteten in Angleichung an die Mindestsätze des

ASVG festgesetzt.

Bei der Abstimmung wird die 14. Novelle ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Marek schließt die Sitzung.

- - -

Wiener Gemeinderat
=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Zunächst wurden die sechs Schriftführer des Gemeinderates neu gewählt, deren Funktionsdauer in Kürze abläuft. Die Schriftführer sind: Maria Hirschler, Maria Jacobi, Fritz Konir und Leopold Mistingner (alle SPÖ); Markus Bittner und Franz Walzer (beide ÖVP).

Außerordentliche Zuwendung vor Weihnachten

Stadtrat Riemer (SPÖ) referierte über eine außerordentliche Zuwendung, die am 17. Dezember für die städtischen Bediensteten und Pensionisten ausbezahlt werden soll. Wie der Referent ausführt, hat die Gemeinde ihren Bediensteten in den letzten zwei Jahren jeweils vor Weihnachten eine kleine außerordentliche Zuwendung gegeben und damit eine Abschlagszahlung auf die Forderung nach Wiedereinführung des 14. Monatsgehaltes geleistet. Diese Forderung stammt ja nicht von gestern; sie wurde schon 1955 auf einem Gewerkschaftstag einstimmig beschlossen. Bisher konnte darüber jedoch nicht verhandelt werden. Die Stadt Wien mußte sich damit begnügen, dem Personal eine kleine bescheidene Zuwendung vor Weihnachten zu geben, die allerdings jedes Jahr etwas höher ausgefallen ist, so auch heuer. Es sollen also ausbezahlt werden: An die aktiven Bediensteten mit einem Gehalt bis zu 1.600 Schilling 350 Schilling, bis 2.500 Schilling 420 Schilling und bei mehr als 2.500 Schilling 490 Schilling. Dazu kommen noch 50 Prozent der Familienzulage. Für die Pensionisten wurde eine analoge Regelung vereinbart. Bis zu 1.300 Schilling Pension erhalten sie 210 Schilling, bis 2.000 Schilling 280 Schilling und über 2.000 Schilling 350 Schilling. Auch hier wird die Hälfte der Familienzulage dazugegeben.

Selbstverständlich wurden auch die nicht vollbeschäftigten Bediensteten, Saisonarbeiter usw., berücksichtigt.

Die Kosten betragen insgesamt 35 Millionen Schilling. Die Gewerkschaft hat bei den Verhandlungen den größten Wert darauf gelegt, die grundsätzliche Entscheidung der Verwaltung zu erhalten, wie und wann der volle 14. Monatsbezug gewährt werden soll. Es wurde zugesagt, daß 1959 der halbe "Vierzehnte" flüssig gemacht werden und 1960 der volle Bezug ausgezahlt werden soll.

Die Belastung beträgt für 1959 ungefähr 70 bis 80 Millionen Schilling, wobei 40 bis 50 Millionen auf die Hoheitsverwaltung entfallen. 1960 wird die Belastung dann ungefähr doppelt so hoch sein. Abschließend verweist der Referent noch darauf, daß die kassenmäßige Bedeckung wohl beim Magistrat, nicht aber bei den Stadtwerken gegeben sei, doch könne man die Bediensteten der Stadtwerke aus der Regelung nicht ausnehmen, umso mehr, als die Unternehmungen in den letzten Jahren eine durchaus sparsame Personalwirtschaft betrieben haben.

GR. Maller (VO) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie mit dem Verhandlungsergebnis nicht zufrieden sein könne, weil es nicht den Wünschen und Interessen der Gemeindebediensteten entspreche. Die Gemeinde Wien will die Bezahlung des 14. Monatsbezuges soweit als möglich hinausschieben. Es sei den Kommunisten unverständlich, warum sich die Gemeinde Wien nicht herbeiläßt, in diesem Jahr den halben Vierzehnten auszubezahlen. Hätte die Gemeinde Wien heuer zumindestens den halben vierzehnten Monatsbezug ausbezahlt, dann hätte sie gleichzeitig den Bundesbediensteten eine große Hilfe geleistet. Der heutige Stadtrat Slavik habe im Jahre 1955 den sozialistischen Mitgliedern des Straßenbahner-Streikkomitees versprochen, daß im Jahre 1956 der volle Vierzehnte ausbezahlt wird. (Stadtrat Slavik: Das ist reine Phantasie!) Es sei für die Gemeindebediensteten kein voller Erfolg, wenn sie jetzt diese außerordentliche Zahlung bekommen, denn sie hätten mehr verdient und auch mehr erreichen können, wenn ihre Interessen besser gewahrt worden wären und wenn die Vertreter der Gemeinde Wien mehr Verständnis für das Personal gezeigt hätten. Über die Frage des 14. Monatsbezuges und des Termines, wann er endgültig in vollem Ausmaß ausbezahlt werden soll, dürfe das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sein. Wenn die VO heute dennoch die Zustimmung gibt, so deshalb, weil die städtischen Bediensteten und die Pensionisten wenigstens diese außerordentliche Zulage bekommen sollen, um sich und ihren Familien das Weihnachtsfest angenehmer gestalten zu können, soweit man mit diesen Beträgen überhaupt größere Sprünge machen kann.

GR. Walzer (ÖVP) erklärte, daß sich seine Fraktion positiv zu allen Maßnahmen stelle, die den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung erhöhen und gewährleisten. Aus diesem Titel dürfe aber die Stabilität nicht gefährdet werden und keine Erhöhung von Steuern, Abgaben bzw. Tarife eintreten. Der Stadtrat für das Personalwesen habe dieses Versprechen gegeben, und die ÖVP möchte wünschen, daß dieses Versprechen heute vor dem Forum des Wiener Gemeinderates wiederholt wird. Dann geben wir vom Herzen gern unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Schiller (SPÖ) stellte fest, daß die Vorlage bei den Gemeindebediensteten Beruhigung und Freude auslöst. Der Nachteil liegt nur darin, daß es diesmal nicht gelungen ist, die Bundesangestellten, die Eisenbahner und Postler in diese Aktion einzubeziehen, obwohl die Forderung nach dem 14. Monatsbezug drei Jahre alt ist.

Der Herr Bundeskanzler hat diesmal erstmalig mit uns nicht verhandelt. Erst daraufhin haben wir uns entschlossen, unseren Weg getrennt zu gehen. Damit wurde dem Gedanken der Solidarität der Gewerkschaft Abbruch getan, und dieser Bruch der gemeinsamen Linie wird sich später sehr nachteilig für die öffentlichen Körperschaften auswirken. Auch als wir seinerzeit die letzte Etappe des Gehaltsgesetzes 1956 um neun Monate vorziehen konnten, hat man in der Öffentlichkeit genau mit denselben Argumenten, der Schilling sei gefährdet, versucht, gegen die öffentlich Angestellten Stimmung zu erzeugen. Der Schilling war damals so wenig gefährdet wie heute. Tatsächlich ist es möglich, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Denn es ist möglich, aus den 2 1/2 bis 3 Milliarden Steuerrückständen einen Teil hereinzutreiben, um diese Forderung zu erfüllen, ohne den Schilling zu gefährden. (Beifall bei der SPÖ). Wir glauben ferner, daß man bei der Stützung der Milch- und Butterwirtschaft heute einen Weg beschreitet, der nicht mehr ganz vertretbar ist. Komischerweise hat man nur unseren Vorschlag zur Tarifpolitik in den Vordergrund gestellt, nicht aber diese beiden anderen Vorschläge. Bei vielen Posten gibt es aber geradezu lächerliche Tarife.

Deswegen sind wir der Auffassung, daß es durchaus möglich ist, unsere Forderung zu erfüllen, ohne an der Stabilität unserer Währung zu rütteln.

Es ist die Tragik im öffentlichen Dienst, daß Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten als Politikum mißbraucht werden. Wozu diese gehässige Stimmungsmache gegen den öffentlichen Dienst? Wir bemühen uns seit drei Jahren, diese Frage zu lösen. Das hat also nichts, wie es von einer Zeitung dargestellt wurde, mit Wahldemagogie zu tun.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Gemeindeverwaltung von Wien bemühen sich seit mehr als einem Jahrzehnt, die Verwaltung zu vereinfachen, sie zu rationalisieren. Wir haben dadurch erreicht, daß der Personalaufwand prozentuell sogar gesunken ist. Gerade in Anerkennung dessen, daß die Gemeinde Wien die Forderung der Gewerkschaft anerkannt hat, wird sich die Gewerkschaft als Gegenleistung verpflichtet fühlen, weiterhin an dieser Reorganisation mitzuarbeiten. Der Gewerkschaftsbund hat schon vor ungefähr acht Jahren auch der Industrie das Angebot gestellt, gemeinsam an der Rationalisierung zu arbeiten.

Wir haben keine Absicht, an der Stabilität des Schillings zu rütteln. Man sollte sich hüten, bei einer Forderung, die für das nächste Jahr rund 400 Millionen Schilling ausmacht, von einer Gefährdung zu reden, wenn auf der anderen Seite Defizite vorhanden sind, die rund das Zehnfache ausmachen.

Wir danken der Gemeinde Wien, daß sie nicht nur an Festtagen die Leistungen der Angestellten anerkennt, sondern daß sie auch im Alltag den Gemeindebediensteten das gibt, was ihnen gebührt.
(Beifall bei der SPÖ.)

GR. Mühlhauser (ÖVP) stellt fest, daß seine Fraktion bereits ihre Freude darüber ausgedrückt hat, daß es möglich ist, für die Bediensteten der Stadt Wien ohne Belastung der Bevölkerung ein Mehreinkommen zu schaffen und ihren sozialen Lebensstandard zu heben. Seine Fraktion habe auch alle Erklärungen zur Kenntnis genommen, in denen festgestellt wurde, daß diese Sonderzahlung durch Verwaltungsvereinfachungen usw. möglich gemacht wurde. Er müsse es jedoch zurückweisen, daß GR. Schiller so tue, als ob der Finanzminister und der Bundeskanzler aus reiner Bosheit den Bundesbediensteten nicht die gleiche Sonderzahlung gewährt. Seine

Partei will es vermeiden, den Angestellten irgendwelche Erhöhungen zu geben, die in einigen Monaten keine wirklichen Erhöhungen mehr sind, weil sie durch Preissteigerungen wettgemacht werden. Es haben sich jedoch nicht nur der Bundeskanzler und der Finanzminister, sondern auch einzelne Redner im Städtebund gegen die Auszahlung dieser Sonderzahlung ausgesprochen, so u.a. auch der sozialistische Bürgermeister von St. Pölten. Der Redner verweist darauf, daß es auch für den Bundeskanzler und den Finanzminister nicht schwer wäre, ohne Rücksicht auf die Bedeckung die Sonderzahlung zu bewilligen. Österreich braucht aber Politiker, die auch den Mut haben, einmal nein zu sagen, wenn sie wissen, daß sie sonst eine zehnjährige Bautätigkeit gefährden und Österreich damit auf einen Weg führen, den wir alle nicht wollen. (Beifall bei der ÖVP).

Stadtrat Slavik stellt zu den Ausführungen seines Vorredners fest, daß der Schilling in Österreich zu einer Zeit gesichert wurde, in der weder Raab Bundeskanzler noch Kamitz Finanzminister war. (Beifall bei der SPÖ). Wenn wir heute auf eine gesicherte Währung und auf einen gesicherten Schilling stolz sein können, ist das kein Verdienst von Raab und Kamitz, sondern ein Verdienst des disziplinierten österreichischen Volkes. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ). Wenn die österreichische Bevölkerung auf das ewige Unken im Rundfunk und in den bürgerlichen Zeitungen gehört und die Konsequenzen daraus gezogen hätte, würde sich das bei den Sparkassen durch ein Sinken der Spargelder bemerkbar gemacht haben. Das österreichische Volk hat aber zu seiner eigenen Stärke mehr Vertrauen als zu Bundeskanzler, Finanzminister und bürgerlicher Presse. Er sei der gleichen Meinung, wie GR. Schiller, daß es auch beim Bund die Möglichkeit gegeben hätte, eine Bedeckung für die Sonderzahlung zu finden. Man brauche nur an die ungeheuren Gewerbesteuerückstände denken. Es sind nicht die kleinen Gewerbetreibenden die nicht bezahlen, sondern die großen Kapitalunternehmungen. Wenn die Österreichische Volkspartei so großen Wert darauf lege, daß die Preise stabil bleiben, dann müßte sie sich auch die Bilanzen der großen Kapitalgesellschaften ansehen. Dann werde sie zugeben müssen, daß heute Gewinne erzielt werden, die volkswirtschaftlich nicht vertretbar sind.

Ein Appell der ÖVP wäre daher an die Unternehmer zu richten, damit diese das Preisgefüge nicht gefährden.

Die Lösung, die von der Gemeinde Wien für die Erfüllung der Sonderzahlung und die spätere Erfüllung des 14. Monatsgehaltes gefunden wurde, sei eine gute. Hier wurde nicht viel von Verwaltungsreform gesprochen, dafür wird sie aber ständig durchgeführt und das mit Hilfe der Gemeindebediensteten, die immer bemüht sind, die Verwaltungskosten zu senken.

Zu den Ausführungen des GR. Maller stellt Stadtrat Slavik fest, daß es sich bei den seinerzeitigen Verhandlungen mit den Straßenbahnern nicht um den 14. Monatsbezug gehandelt hat, sondern um die Einstufung. Alle die damaligen Lohnverhandlungen haben dazu geführt, daß die Gemeindebediensteten nun ein gutes Gehaltsgesetz haben und den 14. Monatsbezug dazu bekommen. Der Redner stellt abschließend fest, daß es in den letzten Jahren bei der Gemeindeverwaltung eine **wirkliche** Verwaltungsvereinfachung gab und auch echte Personaleinsparungen. Er könne sich daher auch als Finanzreferent, der Mehrausgaben im allgemeinen nicht gerne begrüßt, nur positiv zum Antrag des Referenten stellen. Die Gemeindeangestellten werden bestimmt durch weitere Einsparungen und Vereinfachungen diese Ausgaben wettmachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Riemer stellt fest, daß er es erwartet habe, daß GR. Maller und seine Fraktion mit diesem Abschluß nicht zufrieden sind. Er glaube jedoch, daß auch bei Gewährung des ganzen 14. Monatsbezuges im heurigen Jahr von den Kommunisten, die ja immer lizitieren, eben ein 15. Monatsbezug verlangt worden wäre. Die von GR. Maller genannten Zahlen über die österreichischen Gemeinden, die bereits einen 14. Monatsbezug bezahlen, stimmen nicht. Nach einer Erhebung des Österreichischen Städtebundes haben nur 14 von den 180 Mitgliedsgemeinden im vorigen Jahr einen 14. Monatsbezug ausgezahlt.

Die ÖVP-Gemeinderäte Walzer und Mühlhauser haben, stellte Stadtrat Riemer fest, von ihm eine Erklärung verlangt, daß durch die außerordentliche Zuwendung und allenfalls durch die spätere Auszahlung des 14. Monatsgehaltes keine Tariferhöhungen erfolgen werden. Diese Erklärung haben Stadtrat Slavik und er bereits im Stadtsenat gegeben; er könne sie heute daher nur wiederholen.

Zu den Ausführungen des GR. Mühlhauser über die Rede des

St. Pöltner Bürgermeisters beim Städtetag ist zu sagen, daß Bürgermeister Dr. Steingötter sich in seiner Rede nicht gegen die Sonderzahlung, sondern gegen andere überspitzte Forderungen einzelner Gruppen gestellt habe. St. Pölten habe jedoch, wie auch andere niederösterreichische Städte, eine besonders schlechte und schwierige Finanzlage. Haben doch diese Stadtverwaltungen durch Jahre hindurch von den großen USIA-Betrieben keinerlei Steuern bekommen. Auch von anderen Gebietskörperschaften werden sie oft übergangen. Es wird sich jedoch auch für St. Pölten ein Weg finden, eine außerordentliche Zuwendung zu leisten.

Zur Warnung des GR. Mühlhauser, nicht den gleichen Weg mit den Kommunisten zu gehen, ist zu sagen, daß diese Warnung völlig überflüssig ist. Die Sozialisten seien seit 1918 nicht in die Versuchung gekommen, den Wünschen der Kommunisten nachzugeben. Wäre es jedoch der Fall gewesen, dann würde GR. Mühlhauser heute kaum mehr in diesem Hause sitzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend stellt Stadtrat Riemer fest, er wie auch GR. Schiller bedauern, daß in diesem Falle die gemeinsame Personalpolitik mit dem Bund durchbrochen wurde. Die Gemeindeverwaltung habe es nicht gerne getan und bekenne sich weiterhin zum Grundsatz der gemeinsamen Personalpolitik mit dem Bund und mit den anderen Gebietskörperschaften. In diesem Falle konnte sich die Gemeindeverwaltung jedoch nicht daran halten. Das Personal der Gemeinde kann mit gutem Recht darauf hinweisen, daß es sich nur um die Wiedereinführung eines früheren Zustandes handle. Die Gemeinde Wien hat darüber hinaus mit Hilfe der Bediensteten eine Verwaltungsreform durchgeführt. Er glaube, die Vorlage ist genügend gerechtfertigt und begründet.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Rechnungsabschluß der Stadt Wien 1957

Stadtrat Slavik (SPÖ) berichtete nun über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1957. Der Abschluß wurde vom Magistrat fristgerecht im Oktober fertiggestellt und dem Stadtsenat vorgelegt. Der Rechnungshof hatte schon vorher mitgeteilt, daß er nicht beabsichtigt, die Gebarung 1957 hauer zu überprüfen. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Jahresrechnung dem Gemeinderat ungeprüft zugeleitet wird.

Während der öffentlichen Auflage des Rechnungsabschlusses haben sieben Gemeindemitglieder von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht. Eine Erinnerung wurde zu Protokoll gegeben.

Die Einnahmen des Rechnungsabschlusses 1957 sind gegenüber dem Voranschlag um 10,4 Prozent etwas mehr gestiegen als die Ausgaben, die sich um 8,3 Prozent gegenüber dem Voranschlag erhöhten. Der Abgang betrug trotzdem 116,4 Millionen Schilling, die zum Ausgleich der Jahresrechnung der allgemeinen Rücklage entnommen werden mußten.

Im Laufe des Jahres wurden 551 Zuschußkreditanträge und sechs neue Ausgabeposten genehmigt. Es handelte sich jedoch zum größten Teil um wertvermehrnde Ausgaben oder um Darlehen, die wieder zurückfließen und die Gebarung der folgenden Jahre günstig gestalten werden.

Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 4.320 Millionen Schilling entfallen auf die Ertragsanteile 32 Prozent, auf die eigenen Steuern 30,9 Prozent und auf Gebühren und sonstige Einnahmen 37,1 Prozent. Die Ertragsanteile stiegen um 76,3 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag. Die Landes- und Gemeindeabgaben brachten 211,1 Millionen mehr. Im einzelnen stiegen die Gewerbesteuer um 139 Millionen, die Lohnsummensteuer um 25,6 Millionen, die Vergnügungssteuer um 24,2 Millionen, die Getränkesteuer um 16 Millionen und die Anzeigenabgabe um 3,5 Millionen. Die Grundsteuer blieb um 2,4 Millionen unter dem Voranschlag.

Von den Ausgaben entfallen 32,5 Prozent auf den Personalaufwand, 40,2 Prozent auf den laufenden Sachaufwand und 27,3 Prozent auf den einmaligen Aufwand. Der Personalstand ist von 31.774 Angestellten auf 32.745, das sind um 971 mehr, gestiegen. Dabei sind allerdings die Saisonarbeiter inbegriffen, und die Zunahme in den Krankenanstalten allein betrug 876 Bedienstete. Außerdem wurden 71 Jugendliche eingestellt. Die Zahl der Pensionisten ist von 14.284 auf 14.566 gestiegen. Der Sachaufwand ist gegenüber dem Voranschlag um 10,7 Prozent höher als angenommen.

Die größte Post des einmaligen Aufwandes entfällt auf den Wohnhausbau, für den 576,5 Millionen ausgegeben wurden, um

20,1 Prozent mehr als vorgesehen.

Von den größten Investitionen nannte Stadtrat Slavik den Weiterbau des Museums mit 9,9 Millionen, der Stadthalle mit 54,9 Millionen, den Ausbau des Stadions und der Nachtbeleuchtung mit 10,6 Millionen, die Verbesserungsarbeiten an Krankenhäusern und anderen Anstalten mit 62,9 Millionen und Straßenbauten mit 109 Millionen. Die Behebung der Kriegsschäden erforderte 37,1 Millionen, gegenüber veranschlagten 45,9 Millionen.

Der Schuldenstand ist von 499,8 Millionen auf 564 Millionen gestiegen. Dabei entfallen auf Anleihen 223,5 Millionen, auf Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds 171,1 Millionen und nach dem Wohnbauförderungsgesetz 143,9 Millionen. Sonstige Darlehen sind mit 25,5 Millionen verzeichnet.

Im folgenden besprach der Referent die einzelnen Verwaltungsgruppen. In der Gruppe Finanzwesen wurden aus den Mitteln der Wohnbauförderung unter Vorgriff auf die Mittel künftiger Jahre Darlehen und Zuschüsse von 111,8 Millionen Schilling gegeben. Dadurch wurde der Bau von 794 Wohnungen gefördert.

In der Verwaltungsgruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wurden 10,5 Millionen Förderungsbeiträge für kulturelle Zwecke gegeben. Die Ausgaben der Schulen machten 160 Millionen Schilling aus. An 118 Schulen wurden größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Die Gruppe Wohlfahrtswesen konnten 13.495 Säuglingswäschepakete ausgeben, eine erfreuliche Steigerung gegenüber 1956. Damals wurden 11.975 Pakete verteilt.

Die Ausgaben in der Gesundheitsverwaltung betrugen 869 Millionen Schilling. Bei Einnahmen von nur 333,1 Millionen betrug somit der Abgang 535,9 Millionen.

Für die Beschäftigung des Baugewerbes haben wir 1555,3 Millionen Schilling, 35 Prozent der gesamten Ausgaben, verwendet. 6079 Wohnungen konnten bezugsreif fertiggestellt werden, an 4.975 begonnenen Wohnungen wurde weitergearbeitet und mit dem Bau von 5.106 Wohnungen wurde neu begonnen.

Für die Kanalisation wurden 20,4 Millionen aufgewendet, bei den Wasserwerken für die Arbeiten am Spreicher in Neusiedl 13,8 Millionen. Beim Fuhrpark wurden 12,5 Millionen für die Anschaffung von Fahrzeugen ausgegeben.

Die städtischen Wohnhäuser hatten Einnahmen von 120,9 Millionen und Ausgaben von 129,9 Millionen zu verzeichnen. Für die Behebung von Kriegsschäden wurden 21 Millionen aufgewendet. Die städtische Wohnhäuserverwaltung verwaltete Ende 1957 insgesamt 118.537 Wohnungen (davon 27.852 mit Badeeinrichtung) und 5.459 Lokale.

Waren im Werte von 106,5 Millionen Schilling hat das Beschaffungsamt im Laufe des Jahres an die Dienststellen ausgegeben. Die Märkte und Schlachthöfe hatten Einnahmen von 29,8 Millionen und Ausgaben von 60,6 Millionen Schilling.

In der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten waren die Ausgaben für die Feuerwehr um 2,2 Millionen Schilling höher als veranschlagt. Für Grunderwerbungen, Assanierungen aber auch für andere öffentliche Ausgaben wurden 29,2 Millionen Schilling ausgegeben.

Das dem Rechnungsabschluß angegliederte Geld- und Mengeninventar verzeichnet ein Gesamtvermögen der Stadt Wien von 4,6 Milliarden Schilling.

Zum Abschluß seiner Ausführungen stelle Stadtrat Slavik die formellen Anträge zur Erledigung des Rechnungsabschlusses.

Der Bericht des Kontrollamtes

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit dem Bericht des Kontrollamtes für das Geschäftsjahr 1957. Er verwies dabei darauf, daß das Kontrollamt sich selbstverständlich vor allem damit beschäftigt, Anregungen zu geben und Kritik zu üben. Die positiven Dinge scheinen also in dem Bericht nicht auf. In seinem Bericht weist das Kontrollamt unter anderem auch darauf hin, daß die gegenwärtigen Tarife und Gebührensätze vielfach mit den gestiegenen Ausgaben nicht mehr Schritt halten konnten. Die unzulänglichen Tarife und Gebühren führen auch zu einer Hinausschiebung dringender Erhaltungsarbeiten. Das Kontrollamt setzt sich daher für eine allmähliche Nachziehung der Tarife und Gebühren ein.

./.

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben nach Personalaufwand und Sachaufwand beweist deutlich, daß die volle Auswirkung der letzten allgemeinen Bezugsregelung zu keiner Einschränkung des Sachaufwandes führte. Der Bericht geht auch näher auf die starke Belastung der Gemeindefinanzen durch den Betrieb der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ein. 19,6 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes entfallen allein auf die Anstalten.

Im übrigen vermerkt der Bericht des Kontrollamtes bei den einzelnen Dienststellen die festgestellten Mängel, Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten in gebarungstechnischer Hinsicht. In wirtschaftlicher Hinsicht werden vor allem die Aufwendungen für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen eingehender behandelt. In einer Besprechung der Bauwirtschaftsprüfung wird auf die Anregungen verwiesen, die dazu beitragen sollen, eine Verminderung der Baukosten zu erzielen. Weiter zeigt das Kontrollamt die langen Bauzeiten auf. Alle Bestrebungen für Verkürzung der Bauzeiten, so betonte Stadtrat Slavik, müssen unterstützt werden.

Die Prüfung der Städtischen Unternehmungen wurde vom Kontrollamt nach den gleichen Grundsätzen vorgenommen wie im Bereich der Hoheitsverwaltung und führte gleichfalls zu einer Reihe von Anregungen. Nach den Ausführungen des Kontrollamtes haben sowohl die Magistratischen Dienststellen als auch die Direktionen der Städtischen Unternehmungen den erfolgten Bemängelungen durchwegs verständnisvolle Beachtung geschenkt und waren in ihrem Wirkungskreis bemüht, durch geeignete Maßnahmen den angestrebten Erfolg zu erzielen. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) erklärte: Es ist nachträglich wieder festzustellen, daß der Wirtschaftskurs Raab - Kamitz trotz aller Kritik und aller damaligen Störungsversuche realistisch gewesen ist und auch unsere Wiener Gemeindeverwaltung an diesem Wirtschaftskurs profitierte. Aus dem Bericht geht hervor, daß wir es mit einer echten Zunahme an Beschäftigungen in Wien zu tun haben. Demzufolge stiegen auch die Gewerbesteuer und die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer. Wir haben damit einen Gradmesser für eine echte Belebung der Wirtschaft, für einen Erfolg des wirtschaftlichen Kurses, der für unser Land auf den Grundlagen der Stabilität beruht. (Beifall bei der ÖVP.) Dies ist schon deswegen von besonderer

Bedeutung, weil man heute den Produktivitätsfortschritt dieser Wirtschaftspolitik teils aus Unkenntnis der wirtschaftspolitischen Steigerungsmöglichkeiten überfordern möchte. Der durch Jahrzehnte gemessene mögliche Produktivitätsfortschritt in den meisten Ländern der Erde beträgt zwei bis drei Prozent pro Jahr. Was darüber hinaus entweder an Arbeitszeitverkürzungen oder an Lohnerhöhungen verlangt wird, kann nur zu Lasten der Preise und Tarife gehen. Das ist nicht zuletzt eine Benachteiligung der wirtschaftlich Schwächsten, der Rentner und Gehaltsempfänger.

Der Redner wandte sich hierauf Detailfragen zu und kam auch auf das Defizit zu sprechen, das den Trägern der Krankenanstalten aufgelastet ist, wobei er darauf hinwies, daß für die krankenversicherten Patienten, die 85 Prozent des Belages ausmachen, von den Sozialinstituten nur 45.16 Prozent des tatsächlichen Durchschnittsaufwandes pro Patient und Tag bezahlt werden.

Eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Frage, ob tatsächlich durch Zentralisierung eine größere Wirtschaftlichkeit erzielt werden könnte, was besonders im Hinblick darauf von Interesse sei, da diejenigen, an welche Aufträge gehen, zugleich die Steuerquellen unserer Stadt sind. Dabei wäre ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gegenüber privaten Betrieben von ausschlaggebender Bedeutung. Der Faktor Zeitmangel ist die Ursache vieler unüberlegter und unwirtschaftlicher Gebarungen. Man muß sich fragen, ob dieser Zeitmangel nicht durch ein Zuviel an Zentralisierungen hervorgerufen war. Sollten wir uns nicht auf eine Steigerung der Verantwortungsfreudigkeit, auf eine Steigerung des Leistungswillens und auf alle jene Dinge konzentrieren, die man nicht mit einer Zentralisierung, nicht mit einer Bürokratisierung, wohl aber mit einer Auflockerung und nicht zuletzt Vermenschlichung der Aufgaben erreichen kann?

Die Einführung der Ö-Norm 2050 bei öffentlichen Ausschreibungen, auf die wir wiederholt gedrängt haben, müßte es mit sich bringen, daß nicht starr davon ausgegangen wird, daß das niedrigste Angebot auch das vorteilhafteste für die Gemeinde sein muß.

Der Redner besprach noch einige Detailfragen und erklärte abschließend: Nicht Zentralisierung um jeden Preis, sondern Auswahl der führenden Aufgaben, die in Wirklichkeit für eine Gebietskörperschaft von Bedeutung sind, das ist unsere Pflicht. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schreiner (SPÖ) verwies darauf, daß der im Vergleich zum Voranschlag geringere Gebarungsabgang im Ausmaß von 116 Millionen seine Bedeckung in den Rücklagen fand und erklärte: So bedauerlich es ist, wenn die Stadt gezwungen ist, zur Aufrechterhaltung ihres Arbeitsprogrammes, zur Erhaltung der Vollbeschäftigung auf ihre Rücklagen zurückzugreifen, so erfreulich ist es, daß durch eine prophylaktische Maßnahme des Finanzreferenten in den Jahren einer stürmischen Wirtschaftsentwicklung Rücklagen angelegt werden konnten, die es ermöglichen, in Zeiten, in denen die Wirtschaft sich nicht mehr in dem Tempo entwickelt, die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern. (Beifall bei den Sozialisten.)

Auch die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen unserer Stadt im Vergleich mit der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen beweist die günstige Entwicklung. Dieses erfreuliche Bild ist zweifellos kein Zufall oder allein das Ergebnis der Kamitz'schen Finanzpolitik. Es ist vor allem die Investitionstätigkeit dieser Stadt, die den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst. Und bei einem Vergleich mit den anderen Bundesländern schneiden Stadt und Land Wien gut ab. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Wirtschaft unserer Stadt von der als Rezession verschämt umschriebenen krisenhaften Erscheinung fast zur Gänze verschont geblieben ist. 35 Prozent der Gesamtausgaben, ein Betrag von mehr als 1,5 Millionen Schilling, sind allein in das Bau- und Baunebengewerbe geflossen und haben so die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt an einem entscheidenden Sektor günstig beeinflusst. Das erfreuliche wirtschaftliche Ergebnis unserer Stadt ist das Ergebnis einer Finanzpolitik, die es unter Verzicht auf jede Popularitätshascherei verstanden hat, die Steuerkraft der Bevölkerung zu nützen und der Wirtschaft diese Beträge wieder zurückzuführen.

Der Redner plädierte dann dafür, der Bevölkerung auf wirksame Weise vor Augen zu führen, wie die Gelder der Bevölkerung zu deren Wohl und Glück verwendet werden. Als Beispiel dafür, wie die Gemeinde günstige kommerzielle Abmachungen zu treffen imstande ist, führte er an, daß der Gemeinde beim Kauf der Wiental-Wasserleitung ein Betrag von rund 76 Millionen Schilling erspart wurde. Im Zusammenhang mit den Grundstückankäufen begrüßte er, daß viele

Menschen bereit sind, selber finanziell dazu beizutragen, daß sie schöner, moderner und gesünder wohnen können.

Nicht nur die ordentliche Gebarung bestimmt die Fraktion der SPÖ, dem Rechnungsabschluß zuzustimmen, sondern der Geist, der aus diesen Zahlen spricht. Im Rechnungsabschluß 1957 drückt sich die Gesinnung einer Stadtverwaltung aus, die es versteht, die steuerliche Leistung ihrer Mitbürger zum Wohle auch des letzten und schwächsten Mitgliedes ihrer Gemeinschaft zu verwenden. Es ist das Streben nach Menschlichkeit und praktischem Mitfühlen, das sich in den fürsorglichen Leistungen zeigt, es ist die Anerkennung des Menschen auf sein Recht auf Fortbildung und Wissen, es ist die Solidarität der Gesunden, was sich in den Ausgaben für die Krankenfürsorge dokumentiert. Weil der Rechnungsabschluß einen fortschrittlichen, einen humanen, ja einen sozialistischen Charakter trägt, deshalb geben wir ihm seine Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Stadtrates Slavik, in dem er darauf verwies, daß nach den Berichten des Jahres 1957 ein erfolgreiches Jahr für die Stadt Wien und deren Bevölkerung war, wurde der Rechnungsabschluß einstimmig genehmigt und der Bericht des Kontrollamtes gleichfalls einhellig zur Kenntnis genommen.

Die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista für 1957

Der Referent, Stadtrat Dkfm. Nathschlager (ÖVP), stellt einleitend fest, daß die Vorausschätzungen für das Jahr 1957 zu optimistisch waren. Die E-Werke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1957 einen Abgang von rund 67 Millionen, erlitten aber tatsächlich einen Verlust von 84,2 Millionen Schilling. Die Gaswerke veranschlagten einen Abgang von 54,4 Millionen Schilling, der Verlust beläuft sich jedoch auf 97,4 Millionen. Die Verkehrsbetriebe wiesen im Voranschlag einen Abgang von 193,6 Millionen aus, dem ein tatsächlicher Abgang von 243,2 Millionen Schilling gegenübersteht. Bei der Städtischen Bestattung rechnete man mit einem Überschuß von 332.000 Schilling, sie erzielte jedoch tatsächlich einen solchen von 689.700 Schilling. Beim Brauhaus und bei der Gewista war der Überschuß geringer als angenommen. Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke ist gegenüber dem Voranschlag

um 133,3 Millionen gestiegen, die Ertragssteigerung betrug jedoch nur 23,9 Millionen Schilling. Von der Aufwandsteigerung entfallen acht Millionen auf eine Erhöhung der Subventionen, 7,2 auf Abschreibungen und rund 116 Millionen auf einen Mehraufwand beim Personal. Die Erträge beim Strom verminderten sich um 11,8 Millionen Schilling, für Gas um 26,5 Millionen, für Teer um 4,1 Millionen, für beförderte Personen um 299.000 Schilling, für befördertes Gepäck um 458.000 Schilling. Die Einnahmen aus dem Koksgeschäft haben sich infolge einer Steigerung des Durchschnittserlöses um 137.000 Schilling erhöht. Bei sonstigen Leistungen der Verkehrsbetriebe ergab sich eine Steigerung um 185.000 Schilling, bei den Erträgen der Bestattung eine solche um 14,4 Millionen Schilling. Beim Personalaufwand ist eine Zunahme um fast 116 Millionen festzustellen, der lediglich durch die Zuführung der Bruttoprämien zur Rückstellung für Versorgungsverpflichtungen höhere Beträge erfordert. Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß das um rund 110 Millionen Schilling schlechtere Ergebnis der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag zum überwiegenden Teil auf die Erhöhung der Bruttoprämien für Versorgungsverpflichtungen zurückzuführen ist. Diese Erhöhung ist eine Folge der letzten Verbesserungen des Pensionsstatutes. Es wurden nämlich im Jahre 1956, bzw. 1957, die Bezüge, bzw. die Bemessungsgrundlagen, um 15 Prozent erhöht, das Bezugschema um etliche Stufen erweitert, bisher nicht berücksichtigte Zulagen (Fahrerzulagen) in die Bemessungsgrundlage einbezogen und Vordienstzeiten aus seinerzeitigen privatrechtlichen Dienstverhältnissen angerechnet. Diese außergewöhnliche Steigerung der Bemessungsgrundlage konnte in den Vorkalkulationen für 1957 nicht berücksichtigt werden, weil sie damals noch nicht bekannt war. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß sich die ausbezahlten Bezüge für die aktiven Bediensteten von 1955 auf 1957 um 19,3 Prozent erhöhten, während die ausbezahlten Pensionen eine Steigerung um 37,8 Prozent erfuhren.

Der Referent kommt nun auf die Produktions- bzw. leistungsmäßige Erfüllung der Voranschläge für die drei großen Monopolbetriebe zu sprechen. Er stellt fest, daß er in seinem Bericht zum Voranschlag 1957 darauf verwies, daß es speziell bei den Verkehrsbetrieben die Aufgabe des Unternehmens sein müsse, geeignete Vorschläge zu präsentieren, wie die Abgänge reduziert und die Gebarung verbessert werden könnten. Eine Reihe der damals schlagwortartig angeführten Vorschläge wurde in der Zwischenzeit entweder realisiert oder doch mit einem Teilergebnis weiterverfolgt. So wurde zum Beispiel die Werkstättenarbeit sowie der Wagenrevisions-Aufsichts- und Bahnerhaltungsdienst weitgehend rationalisiert. Auch bezüglich der baulichen Veränderungen an Straßen und Brücken wurde ein Abkommen mit der Hoheitsverwaltung getroffen, das die Teilung der Kosten im Verhältnis 1 : 1 vorsieht. Auch die Kosten der Schneesäuberung werden in diesem Verhältnis aufgeteilt. Die Belastung der Verkehrsbetriebe aus den Altpensionen wird durch eine Kreditgewährung seitens der Städtischen Versicherung gemildert und die außertariflichen Begünstigungen für Gemeindemandatare und Fürsorgegeräte von der Hoheitsverwaltung übernommen. Das Tarifsystern wurde geändert und gleichzeitig den Wünschen der Bevölkerung angepaßt. Auch in der Frage der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb wurde eine einvernehmliche Lösung erzielt. Zwei Projekte für eine Verlängerung der Gürtellinie nach dem Süden zur Herstellung einer Verbindung mit der Schnellbahn werden ausgearbeitet.

Wenn nicht die Bilanz der Verkehrsbetriebe durch eine höhere Dotierung der Bruttoprämien für Versorgungsverpflichtungen und für die Verzinsung des Deckungskapitals mit insgesamt 84,7 Millionen Schilling zusätzlich in Anspruch genommen worden wäre, dann hätte sich der Abgang als Folge verschiedener Einsparungsmaßnahmen und des Wegfalles der Wegebenutzungsgebühr (ca. 15 Millionen Schilling) um ca. 35,1 auf rund 158,5 Millionen Schilling gegenüber einer Annahme von 193,7 Millionen Schilling reduziert. Ein wesentlicher Teil der Einsparungen ist übrigens auch auf die Anpassung des Verkehrsangebotes an die jeweilige Verkehrsnachfrage zurückzuführen.

Auf dem Gebiete der Stromversorgung hat sich die verkaufte Strommenge gegenüber 1956 um 7,98 Prozent erhöht. Der Gasverkauf stieg um 1,29 Prozent. Die Fahrgastfrequenz bei den Verkehrsbetrieben ist fast gleich geblieben.

Die Gesamtaufwendungen der Wiener Stadtwerke haben im Jahre 1957 rund 2.952 Millionen Schilling ausgemacht und sind gegenüber dem Voranschlag um 4,7 Prozent gestiegen. Die Erträge sind mit 2.527 Millionen um 0,9 Prozent höher als im Voranschlag. An Subventionen wurden im Wirtschaftsplan 100 Millionen Schilling (+ 3 Millionen Schilling der Bestattung im Finanzplan) ausgewiesen, während tatsächlich 108 Millionen gewährt wurden. Ohne Subventionen hätten die Elektrizitätswerke mit einem Verlust von rund 15,2 Millionen, die Gaswerke mit einem Verlust von rund 58,5 Millionen, die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 351,2 Millionen und die Bestattung mit einem Gewinn von rund 0,7 Millionen Schilling abgeschlossen. Was das Anlagevermögen betrifft, so konnten bei den Elektrizitätswerken Investitionen für rund 183,9 Millionen, bei den Gaswerken für 74 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben für 119,3 Millionen und bei der Städtischen Bestattung für rund 3,6 Millionen getätigt werden. Gegenüber dem Präliminare von 297,3 Millionen Schilling ergibt sich unter Berücksichtigung des 100 Millionen-Kredites an die Verkehrsbetriebe bei den Stadtwerken eine Mehrinvestition von 83,5 Millionen Schilling.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger spricht sodann über die größeren Investitionen, die die Wiener Stadtwerke durchführen konnten. So wurde im Umspannwerk West mit der Aufstellung des dritten 32.000 kVA-Wander-Regelumspanners die volle Leistungsfähigkeit erreicht. Im Umspannwerk Neubad wurde die Gruppe I der 30 kV und 5 kV-Anlagen sowie die Ortssteuerwarte in Betrieb genommen. Im Umspannwerk und Unterwerk Kaunitzgasse wurden die Arbeiten zur Errichtung des Umspannwerkes fortgesetzt. Auch in den Werken Schmelz, Winkelackerstraße und in der Gleichrichterstation in Essling wurden verschiedene Investitionen durchgeführt. Im Zuge der Umschaltung der bisher mit Gleichstrom, bzw. 110 V-Wechselstrom versorgten Konsumentenanlagen auf Drehstromanspeisung wurden 2196 weitere Anschlüsse umgeschaltet. Zum Jahresende waren 80.157 Lampen in Betrieb. Die Gesamtanzahl der Zähler stieg auf 907.613. Es waren Ende 1957 26.231 Heißwasserspeicher, 8.670 Speicheröfen und 29.982 Elektroherde in Betrieb. Durch die Elektrogeräteaktion wurden 4.159 Geräte mit einem Bestellwert von 12,5 Millionen Schilling in Auftrag gegeben.

Im Berichtsjahr erfolgte in Simmering die Errichtung der Erdgas-Wasserdampfspaltanlage mit der Aufstellung von vier Spaltöfen samt Gebläsen, Kühlern und Rohrleitungen. Im Gaswerk Leopoldau erfolgte unter anderem die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Rohkoks-Förderanlage, ferner wurde unter anderem an der Errichtung der Erdgasspaltanlage nach amerikanischer Lizenz im Gebäude der Wassergasanlage gearbeitet. Die Planungsarbeiten für die Aufstellung eines Gasfördergebläses für 85.000 Kubikmeter je Stunde wurden beendet. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes zur Gasversorgung wurde weiter verlängert. Die Planungs- und Vermessungsarbeiten für die Aufstellung eines 300.000 Kubikmeter Gasbehälters auf dem Wienerberg wurden abgeschlossen. Die Anzahl der in Verwendung stehenden Gasmesser hat sich um 12.843 erhöht. In Waschküchen in Gemeinde- und Privathäusern wurden 308 Münzgaszähler aufgestellt. Durch die Gasgeräteaktion wurden im Berichtsjahr 15.937 Geräte und 2.426 Installationen mit einem Wert von 35,650.000 Schilling in Auftrag gegeben. In der Badezimmeraktion wurden 4.430 Badezimmer und Installationen mit einem Wert von rund 35 Millionen Schilling bestellt. In der Aktion bis zu 60 Monatsraten wurden 35 Geräte mit einem Wert von 79.000 Schilling bestellt.

Die Verkehrsbetriebe führten verschiedene Umbauten an Gleisanlagen durch, besonders zu erwähnen sind der Umbau auf dem Franz Josefs-Kai sowie der Neubaugürtel im Bereiche des Urban Loritz-Platzes. Auf der Stadtbahn wurde unter anderem erstmalig mit der durchgehenden Verschweissung der Gleise, und zwar vorläufig nur in den Tunnelstrecken, begonnen. Der Stand an betriebstauglichen Wagen hat sich bei der Straßenbahn um 21 Trieb- und 7 Beiwagen erhöht, bei der Stadtbahn um 3 Triebwagen vermindert und um 11 Beiwagen erhöht. Aus zwei Beiwagen der leichteren Stadtbahntypen wurde ein Probe-Gelenktriebwagen der Type D von der Firma Gräf & Stift gebaut. Er wurde auf der Linie 71 eingesetzt. Auch verschiedene Wagenbestellungen wurden wieder vorgenommen.

Die Unfälle auf der Straßenbahn senkten sich gegenüber dem Jahre 1937 um zirka 8.06 Prozent. Die Zahl der Verletzten stieg jedoch um 76.6 Prozent.

Der Referent verglich dann die Bilanzen der Jahre 1956 und 1957. Der Verlust der E-Werke ist 1957 gegenüber 1956 um 34 Millio-

nen Schilling gesunken. Dies ist jedoch zum Großteil darauf zurückzuführen, daß die E-Werke den Verkehrsbetrieben um 76,7 Millionen weniger Subventionen leisteten.

Die Bilanz der Gaswerke weist einen Verlust von 97,4 Millionen auf, um 35,7 Millionen höher, als im Vorjahr.

Der Bilanzverlust der Verkehrsbetriebe ist um 186,8 Millionen höher als im Jahre 1956. Er betrug 243,2 Millionen.

Die Bestattung weist für 1957 einen Überschuß von 689.000 Schilling auf, gegenüber einem Verlust von ungefähr drei Millionen im Jahre 1956.

Das Kontrollamt kommt in seinem Bilanzbericht zu dem Ergebnis, daß eine dauernde wirtschaftliche Gesundung der Stadtwerke kaum ohne umfassende Tarifregulierung möglich sein dürfte. Auch das Sanierungsprogramm, das heuer beschlossen wurde, hat keine wirklich durchgreifende Besserung der ungünstigen finanziellen Lage gebracht.

Über das Personal teilte der Referent mit, daß mit Ende 1957 der Stand 18.976 aktive Bedienstete betrug, während es Ende 1956 noch 19.542 Bedienstete waren. Bei den Pensionisten ist eine Steigerung von 18.781 auf 18.966 eingetreten.

Dann gab Stadtrat Dkfm. Nathschläger einige Hinweise auf verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen, die im Rahmen der Generaldirektion durchgeführt wurden. Abschließend dankte er dem Personal und allen Mitarbeitern in den Unternehmungen für ihre Leistungen und betonte dabei, daß es nicht Schuld der Unternehmungen gewesen sei, wenn die Leistung des Jahres 1957 nicht in Übereinstimmung mit dem Voranschlag zu bringen war. Die Gründe dafür habe er im Laufe seines Referates dargelegt.

Hierauf stellte der Referent die formellen Anträge zur Annahme der Bilanzen der Stadtwerke und der übrigen Unternehmungen.

GR. Sigmund (SPÖ) führt aus, er habe kaum jemals einen wirtschaftlich schlechteren Vortrag gehört, als den, den der Referent heute vorzutragen gezwungen war. Wenn er die finanzielle Gebarung der Stadtwerke betrachte, so müsse er sagen, daß hier systematisch ungeheure Werte vernichtet worden sind, die der Wiener Bevölkerung gehören. Als er 1955 die Tarifierhöhung im Wiener Gemeinderat vertreten habe, sei er in häßlicher Weise an-

gegriffen worden. Die Ereignisse nachher hätten aber gezeigt, daß die Tarifierhöhung weit unter dem geblieben ist, was die Stadtwerke gebraucht hätten. Sogar das Kontrollamt stellte fest, daß die Gesundung der Werke auch nach den letzten Maßnahmen nicht gegeben ist.

Zur ÖVP gewendet fragt der Redner, was sie und seine Partei eigentlich trenne, um die Werke gesund und lebensfähig zu halten? Könne man sich denn bei der ÖVP vorstellen, daß wir die E-Werke, die Gaswerke und die Straßenbahn verkaufen, um einem Privaten die Möglichkeit der Entfaltung seiner Initiative zu geben? Wir wissen alle, daß die Straßenbahn seit 1955 ein totkrankes Unternehmen ist. Wir haben es glücklich erreicht, daß seither zuerst das Gaswerk illiquid geworden ist und dann auch das E-Werk. Dies sollte Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob die bisherige Methode richtig war. Die Stadtwerke haben auf jeden Gewinn verzichtet, aber sie können nicht darauf verzichten, jene Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der Werke notwendig sind. Jahrzehntlang haben wir davon gelebt, daß zum Beispiel seinerzeit die Dimensionierung der Versorgungsleitungen so groß vorgenommen wurde, daß die Zunahme des Verbrauches gedeckt werden konnte. Aber einmal hört auch das auf, wird das beste Material schlecht und muß ausgewechselt werden.

Als ich dafür eingetreten bin, fuhr der Redner fort, daß man den Betrieben gibt was sie zur Erhaltung brauchen, war damals die Meinung vertreten, man könne das nicht machen. Es war nicht zu verkennen, daß politische Gründe dahinterstanden. Aber die Verkehrsbetriebe, die E-Werke und die Gaswerke sind keine Fürsorgeeinrichtungen, sondern notwendige Einrichtungen zur Deckung des Bedarfes unserer Bevölkerung! Wer ihre Leistungen in Anspruch nimmt, soll auch die entsprechenden Gegenleistung bezahlen, wobei ich durchaus der Meinung bin, daß die Stadtwerke auf Gewinn verzichten sollen.

Abschließend sagte GR. Sigmund, man sollte aufhören, unsere städtischen Betriebe durch die politische Brille zu sehen und sich endlich entschließen, die Stadtwerke gesund zu machen und gesund zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) meint in seinem Schlußwort, es sei richtig, daß der Bericht, den er für 1957 gegeben habe, nicht günstig ist. Er müsse jedoch daran erinnern, daß man schon bei Verabschiedung des Voranschlages für 1957 gewußt habe, wie dieses Jahr aussehen wird. In den Verhandlungen mit Stadtrat Resch wurde damals festgestellt, daß das Budget nur eine Übergangslösung darstellen könne und die Fraktionen sich zusammensetzen müßten, um eine Sanierung der Stadtwerke in Angriff zu nehmen. Mit diesen Verhandlungen wurde im Juni 1957 begonnen, sie konnten knapp vor Einbringung des Budgets für 1958 beendet werden. Dabei wurde eine Reihe von Entlastungen für die Verkehrsbetriebe bzw. die Stadtwerke erreicht. Man hat sich auch im Zusammenhang mit den Sanierungsverhandlungen darüber geeinigt, daß 1958 Tarifregulierungen durchgeführt werden. Daraus könne man wohl ersehen, daß es beiden Parteien ernst gewesen ist, die Situation bei den Stadtwerken zu verbessern. Der Stadtrat machte jedoch auch darauf aufmerksam, daß die Vorsorge für die Pensionisten die Stadtwerke gerade im ungünstigsten Zeitpunkt am schwersten belastete. Wäre die Pensionskasse in Ordnung übergeben worden, so wäre die Situation günstiger gewesen.

Bei der Abstimmung werden die Bilanzen der Stadtwerke und der übrigen Städtischen Unternehmungen für 1957 einstimmig angenommen.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, fortgesetzt. Stadtrat Slavik (SPÖ) wird über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 berichten. Daran schließen sich General- und Spezialdebatte.

- - -

10 Jahre Schulpsychologischer Dienst des Stadtschulrates für Wien
=====

15. Dezember (RK) Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Schulpsychologischen Dienstes in Wien fand heute vormittag im Großen Sitzungssaal des Stadtschulrates eine festliche Veranstaltung statt, bei der Stadtschulratspräsident Dr. Zechner zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse begrüßen konnte. Er führte nach Worten des Dankes an die Leiter und Mitarbeiter der Beratungsstellen und für die materielle Unterstützung durch Gemeinde Wien und Bund u.a. aus:

"Der Schulpsychologische Dienst des Stadtschulrates umfaßt die Beratungsstellen für Pflicht-, Mittel- und Berufsschulen. Eine Koordination besteht in der Person des Referenten für den Schulpsychologischen Dienst des Stadtschulrates Prof. Dr. Wolfgang Strobach. Die Schulpsychologie nimmt eine vermittelnde Rolle im "Kräfteparallelogramm" der Schule und der Eltern "schwieriger" Kinder ein, doch soll der Lehrer keinesfalls veranlaßt werden, in jedem einigermaßen "schwierigen" Schüler einen Fall psychischer Abnormalität zu sehen. Daher muß die Schulpsychologie den Begriff des "Noch-Normalen" möglichst weit stecken. Die Erkenntnisse der Psychologie sind heute eine unentbehrliche Hilfe für die Schule, doch wird auch die Schule der Psychologie als Wissenschaft fruchtbare Probleme stellen und sie davor bewahren, sich in ihren Deduktionen von der Wirklichkeit zu entfernen."

Frau Dr. Schenk-Danzinger berichtet, daß in der Beratungsstelle für Pflichtschulen seit ihrem Bestehen 9.950 Kinder untersucht wurden. Durch Rückfragen in den Schulen konnte festgestellt werden, daß sich etwa 70 Prozent der Fälle in der Folge günstig entwickelt haben. Mit dem Namen der Leiterin der Beratungsstelle für Pflichtschulen ist auch die erfolgreiche Behandlung von linkshändigen Kindern mit Lese-Rechtschreib-Störungen verbunden.

Dozent Dr. Bolterauer, Leiter der Beratungsstelle für Mittelschulen, bezeichnet die Überprüfung der Mittelschulbefähigung und die psychodiagnostische und psychotherapeutische Betreuung "schwieriger" Schüler als die Hauptaufgaben seiner Beratungsstelle, die de jure noch eine Institution der Wiener Aichhorn-Gesellschaft

ist.

Frau Dr. Schöler-Güttl berichtet über die Aufgabe der Beratungsstelle für Berufsschulen und besonders über die "Lebensberatung für Lehrlinge". An jedem Schultag steht in der Berufsschule Mollardgasse ein Jugendberater ratsuchenden Lehrlingen zur Verfügung.

"Die Anforderungen und Reibungen innerhalb der modernen Gesellschaft fördern dem Menschen heute das Äußerste an Nervenkraft ab", erklärt Prof. Dr. Hoff in seinem Schlußreferat. Der Schulpsychologische Dienst ist daher von größter Bedeutung für eine rechtzeitige Erfassung aller "Problem-Kinder", die in ihrem späteren Leben einmal Anpassungsschwierigkeiten haben könnten. Prof. Hoff forderte die Errichtung therapeutischer Institutionen, die den derzeitigen Institutionen des Schulpsychologischen Dienstes an die Seite gestellt werden sollen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 15. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 16 Ochsen, 1 Stier, 16 Kühe, Summe 33. Neuzufuhren: Inland 245 Ochsen, 181 Stiere, 1.015 Kühe, 131 Kalbinnen, Summe 1.572. Gesamtauftrieb: 261 Ochsen, 182 Stiere, 1.031 Kühe, 131 Kalbinnen, Summe 1.605. Verkauft: 256 Ochsen, 182 Stiere, 1.030 Kühe, 130 Kalbinnen, Summe 1.598. Unverkauft: 5 Ochsen, 1 Kuh, 1 Kalbin, Summe 7.

Preise: Ochsen 9.50 bis 11.70 S, Extremware 11.80 bis 12.40 S, Stiere 10.60 bis 12.20 S, Extremware 12.30 bis 15.50 S, Kühe 7 bis 9.90, Extremware 10 bis 10.50 S, Kalbinnen 10.50 bis 12 S, Extremware 12.10 bis 12.50 S. Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 10 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Stiere und Kalbinnen um 15 Groschen und ermäßigte sich für Ochsen um 18 Groschen und Kühe um einen Groschen. Er beträgt: Ochsen 10.29 S, Stiere 11.50 S, Kühe 8.26 S, Kalbinnen 10.84 S, Beinlvieh notierte schwach behauptet.

- - -